



Presseschau vom 06.03.2021

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info.*

Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: **IStGH-Ermittlungen gegen Israel wegen Kriegsverbrechen: USA zeigen sich empört**

Am Mittwoch begannen am Internationalen Strafgerichtshof Ermittlungen wegen Kriegsverbrechen in den Palästinensergebieten. Die israelische Regierung ist empört. Auch die USA lehnen entsprechende Ermittlungen strikt ab. Die US-Vizepräsidentin bekräftigte die Haltung der US-Administration. ...

<https://kurz.rt.com/2fy6>

Arthur Buchholz: **Krieg? – Ja, bitte, aber ohne CO2!**

Die Grünen sind immer für eine radikale Vision gut. Nicht nur ganz Deutschland soll so schnell wie möglich auf CO2 komplett verzichten. Auch die Bundeswehr erhält jetzt eine wahrhaft grüne Behandlung. Dabei ist die Bundeswehr schon grüner als gedacht. ...

<https://kurz.rt.com/2fye>

de.rt.com: **Bundeszentrale für politische Bildung ändert Definition im Dossier über Linksextremismus**

Auf Bitten des Bundesinnenministeriums änderte die Bundeszentrale für politische Bildung die Einleitung in einem Dossier über Linksextremismus. Der Vorgang gilt als umstritten. ...

<https://kurz.rt.com/2fws>

*Gert Ewen Ungar: **Ukraine: Zensur, Willkür und das Schweigen des Westens***

In der Ukraine herrscht strenge Zensur und politische Willkür. Deutsche Mediennutzer erfahren davon nichts. Das macht deutlich: Der deutsche Mainstream lässt sich für geopolitische Zwecke einspannen. Er berichtet nur dann, wenn es westlichem Machtstreben dient. ...

<https://kurz.rt.com/2fwm>

*Nikolaj Jokin: **Kein Konflikt zwischen Deutschland und Russland, nur Meinungsverschiedenheiten – BDWO-Vorsitzender***

Die nächste deutsch-russische Städtepartnerkonferenz wird laut Peter Franke, Vorsitzender des Bundesverbandes Deutscher West-Ost Gesellschaften, trotz Corona-Krise und Spannungen vorbereitet. Franke äußerte sich dazu im SNA-Interview. ...

<https://snanews.de/20210306/deutschland-russland-meinungsverschiedenheiten-1167330.html>

abends/nachts:

snanews.de: **UN-Sondergesandte spricht von Scharfschützen bei Protesten in Myanmar**

Bei Protesten in Myanmar sind nach jüngsten Angaben viele Teilnehmer von Scharfschützen getötet worden. „Wir haben Beweise, dass viele mit scharfer Munition erschossen wurden“, erklärte Christine Schraner Burgener, UN-Sondergesandte für Myanmar, am Freitag.

„Der Einsatz scharfer Munition gegen friedliche Demonstranten ist ein Verstoß gegen das internationale humanitäre Recht. (...) Auf Videos ist zu sehen, wie Armee-Scharfschützen auf unbewaffnete Protestierende zielen.“

Mindesens 50 Tote

Auf Videos sei zudem zu erkennen, wie Militärs und Polizisten in verschiedenen Teilen des Landes wild um sich schießen. Schraner Burgener zufolge hat das Militär insgesamt rund 50 unschuldige friedliche Demonstranten getötet und Dutzende verwundet.

„Wir müssen entschlossen und präzise handeln, um ein Ende der Gewalt zu erwirken und die demokratischen Institute in Myanmar wiederherzustellen. Wir müssen das Handeln der Militärs verurteilen.“

Der Sondergesandten zufolge sind nach dem Stand zum 2. März rund 1000 Personen in Gewahrsam oder vermisst. Immer öfter würden auch Journalisten angegriffen.

Militärputsch in Myanmar

Die Armee in Myanmar hatte am 1. Februar die Regierung gestürzt und mehrere hohe Repräsentanten verhaftet, darunter Präsident Win Myint und die De-Facto-Regierungschefin Aung San Suu Kyi. Das Militär bestätigte die Festnahmen und rief den Notstand aus.

Man habe für ein Jahr die Kontrolle übernommen, hieß es im Militärfernsehen. Die Macht sei an den Oberbefehlshaber der Streitkräfte, Min Aung Hlaing, übergeben worden. Die Armee begründete das Vorgehen mit angeblichem Wahlbetrug.



https://cdn.snaneews.de/img/07e5/03/05/1162104_0:174:3025:1875_1280x0_80_0_0_afaa9d5b0f3a2b3122dcac3d6cf5c6e5.jpg

de.rt.com: **Rettung von Menschenleben hat Priorität: Chef des russischen RDIF-Fonds zu Angriffen gegen Sputnik V**

Anlässlich der Eröffnung eines Prüfverfahrens für Sputnik V in der EU betonte der Chef des Russischen Staatsfonds für Direktinvestitionen (RDIF) die Sinnlosigkeit, Hindernisse beim Einsatz des Corona-Impfstoffes aufzubauen und rief dazu auf, das Vakzin nicht zu politisieren.

Der Leiter des Fonds Kirill Dmitrijew hat die Bereitschaft zu einer effektiven Zusammenarbeit mit den EU-Behörden bekundet. Dennoch verwies er auch auf die Notwendigkeit, die gemeinsamen Bemühungen auf die Rettung von Menschenleben zu konzentrieren. Dmitrijew sagte:

"Wir sind völlig offen und glauben, dass Hindernisse wie etwa Misstrauen und jegliche Lobby-Bemühungen gegenüber Sputnik V, die wir beobachten, nicht funktionieren werden angesichts unserer gemeinsamen Notwendigkeit, den Weg der Rettung von Menschenleben zu gehen. Ich glaube, dass immer mehr Politiker dies einsehen."

Anstatt Hindernisse bei der Gewährung der Möglichkeit zu einer Impfstoff-Wahl aufzubauen, sei es viel sinnvoller, den Prozess zu beschleunigen und ihm einen Antrieb zu verleihen, damit alle Informationen schnell und optimal überprüft werden können, schlussfolgerte er.

Am Donnerstag hat die Europäische Arzneimittel-Agentur (EMA) ein Prüfverfahren für die Zulassung des russischen Sputnik-V-Impfstoffes eröffnet. Im Rahmen des Verfahrens soll die Entsprechung des Vakzins des Moskauer staatlichen Gamaleja-Instituts für Epidemiologie und Mikrobiologie mit EU-Standards für Wirksamkeit, Sicherheit und Qualität bewertet werden. Der RDIF-Chef Dmitrijew begrüßte die Entscheidung der EU-Regulierungsbehörde und appellierte daran, die "Impfstoff-Partnerschaft über die Politik zu stellen". Nur so könne Sputnik V einen wichtigen Beitrag zur Rettung von Millionen Menschenleben in ganz Europa leisten, so Dmitrijew.

Zuvor hatten Ungarn und die Slowakei noch vor der EMA-Zulassung Sputnik V durch Einzelentscheidungen registriert. Insgesamt haben inzwischen 42 Länder mit einer Gesamtbevölkerung von mehr als 1,1 Milliarden Menschen den Einsatz des russischen Corona-Impfstoffes V genehmigt.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.03/article/6042003348fbef02571935de.jpg>

vormittags:

wpered.su: **Zum Tag der Donezker Roten Armee**

Vor dem Hintergrund der vergangenen Festveranstaltungen, die dem Tag des Verteidigers des Vaterlands gewidmet waren, der noch in der jüngeren Vergangenheit Tag der Sowjetarmee und Flotte genannt wurde, möchte ich über ein weiteres Ereignis berichten, das sich im Donezker Land zu der Zeit ereignete, als in Sowjetrussland die Rote Armee gebildet wurde, nämlich über die Gründung und die Tätigkeit der Donezker Roten Armee.

So verkündeten am 12. Februar 1918 auf dem Kongress in Charkow die Delegierten der Sowjets der Arbeiter-, Bauern- und Soldatendeputierten die Gründung einer neuen Staatsbildung im Süden Russlands - der Donezko-Kriworoschkaja-Sowjetrepublik. Am nächsten Tag schlossen die Vertreter der ukrainischen Zentralrada ein Bündnis mit den Mittelmächten und am 18. Februar 1918 überquerten die deutsch-österreichischen Truppen, die auf keinen Widerstand der Reste der zaristischen Armee stießen, die Frontlinie und begannen einen aktiven Angriff auf die Ukraine. Bereits am 1. März kehrte die ukrainische Zentralrada nach Kiew zurück und wollte die russischen Gebiete Noworossija, Sloboschanschtschina und den Donbass zu ihrem künstlichen Gebilde namens "Ukrainische Volksrepublik" hinzufügen und startete zusammen mit ihren Verbündeten – den kaiserlichen Deutschland und der Österreichisch-Ungarischen Monarchie - einen Angriff auf diese Gebiete.

In Erwartung einer solchen Entwicklung der Ereignisse beschloss der Rat der Volkskommissare der DKSR bereits am 27. Februar, mit der vollen Mobilisierung der militärischen Kräfte der Republik zu beginnen und erließ das Dekret „Die Revolution ist in Gefahr!“. Der Zentralstab der Roten Garde des Donbass wurde in Zentralstab der Roten Armee im Donbass umbenannt und hatte seinen Standort in Jusowka. Die Basis der Roten Armee von Donezk bildeten die 1. revolutionäre Abteilung von Makejewka, das 1. Donezker proletarischen Regiment, die Rote Garde von Druschkowka und den aufständische Abteilungen der Bergwerke von Dobropol. Und bald schloss sich ihr die 8. Armee von der rumänischen Front an (ja, dieselbe Armee, die während des „Brussilowschen Durchbruchs“ ihre Fahnen mit unvergänglichem Ruhm bedeckte) unter dem Kommando des ehemaligen Stabskapitäns der Russischen Kaiserlichen Armee A. Gekker.

Am 7. März 1918 wurde im Einvernehmen mit Antonow-Owsejenko Volkskommissar für militärische Angelegenheiten der DKSR M. Ruchimowitsch zum Leiter der Abteilung für die Bildung der revolutionären Truppen im Donbass ernannt. Stäbe der Sozialistischen Armee wurden in Rostow, Taganrog, Mariupol, Nikitowka und Jusowka eingerichtet. Damit wurden alle geschaffenen und sich bildenden Truppenteile im Donbass direkt dem Volkskommissariat für militärische Angelegenheiten der DKSR unterstellt. Am 16. März 1918 erließ der Rat der Volkskommissare der DKSR das „Dekret über die Kriegshandlungen“, in dem er den „Beitritt der Republik zur Südrussischen Militärunion zum Zwecke des gemeinsamen Kampfes gegen die deutsche Besatzung“ erklärte (gemeint war die Vereinigung aller sowjetischen Staatsformationen auf dem Territorium der Ukraine zu einer einzigen Sowjetrepublik). Um den Donbass gegen die deutschen Invasoren zu verteidigen, erteilte am 27. März der Kommandeur der sowjetischen Streitkräfte des Südens Russlands W. Antonow-Owsejenko den Befehl zur Bildung der Donezker Armee.

Als der Angriff der Deutschen begann, richtete der Vorsitzende der Regierung der Donezko-Kriworoschkaja-Sowjetrepublik Artjom (Fjodor Andrejewitsch Sergejew) ein Ultimatum an Kaiser Wilhelm, in dem er warnte, dass, wenn die Grenzen der Donezko-Kriworoschkaja-Sowjetrepublik, die nichts mit der Ukraine zu tun hatte, verletzt würden, sich die Republik als im Krieg mit Deutschland betrachten würde.

Dieses Dokument auf einem viertel Blatt mit einem verschmierten violetten Stempel wurde an General Eichhorn, den Oberbefehlshaber der vorrückenden deutschen Truppen, übergeben. Dreimal las der Dolmetscher dem General das erstaunliche Dokument vor. „Ist das ein Scherz?“, fragte der General. „Herr Genosse Artjom – zum Teufel! - betrachtet sich im Krieg mit Deutschland.“ Eine Sekunde lang zögerte der General, ob er vor Empörung platzen oder, sich an den Lehnen seines Sessels festhaltend, anfangen sollte zu lachen, bis ihm die Tränen kamen...

Dennoch besetzten deutschen und ukrainische Truppen, nachdem sie den Widerstand der Roten Armee von Donezk, die aus Arbeitern, Soldaten der ehemaligen zaristischen Armee und anarchistischen Matrosen bestand überwunden hatten, Anfang April die Hauptstadt der DKSR Charkow und die Rote Armee wurde umzingelt. Der Rat der Volkskommissare der Donezko-Kriworoschkaja-Sowjetrepublik unter Leitung von Artjom war ebenfalls umzingelt. Das verzweifelte Manöver eines Panzerzugs unter Kommando der in der Geschichte einzigen weiblichen Kommandantin eines Eisenbahnkampfwagens, der Abgeordneten der Partei der Linken Sozialrevolutionäre L. Mokijewskaja-Subok, durchbrach den sich schließenden Ring deutscher Truppen um die Stadt und sorgte für die Evakuierung der Regierung in den Donbass. Und ohne die mutigen und sachkundigen Handlungen von Mokijewskaja-Subok und ihrem Panzerzug hätte die Geschichte vieler bekannter Persönlichkeiten des Sowjetstaates an diesem Tag enden können. Ljudmila selbst sollte fast ein Jahr später in der Nähe der Stadt Debalzewo sterben, wo sich auch heute ihr Grab befindet.

Trotz der Misserfolge existierte die Donezko-Kriworoschkaja-Sowjetrepublik weiter und verteidigte sich. Der Rat der Volkskommissare der DKSR zog nach Lugansk um, anstelle des zur Beförderung abgereisten A. Gekker leitete ab dem 7. April P. Baranow, später einer der Organisatoren der Luftwaffe und Flugzeugindustrie der UdSSR, die Armee. Zu diesem Zeitpunkt verteidigte die Donezker Rote Armee die Norddonezker Eisenbahn. Dann, ab Mitte April, übernahm sie die Verteidigung auf der Linie Borowoj - Fluss Oskol - Fluss Sewerskij Donez - Jaremowitsch, ab dem 18. April im Gebiet von Isjum. Ende des Monats, als die Armee von A. Krusser geführt wurde, kämpfte diese zusammen mit der von K. Woroschilow befehligten 5. sowjetischen Armee, die ebenfalls hauptsächlich aus Fabrikarbeitern und Bergleuten des Donbass bestand, im Raum Lugansk - Rodakowo gegen deutsche Truppen. Nach der Aufgabe von Lugansk unternahm die Armee unter Kommando „eines einfachen Schlossers aus Lungansk und Stalinschen Volkskommissars“ - wie es schon in den 30er Jahren in einem Lied gesungen wurde - K. Woroschilow angesichts der Unmöglichkeit, die

Reste des Territoriums der DKSR zu verteidigen, einen heldenhaften Marsch nach Zarizyn. Zusammen mit der Roten Armee gingen ganze Bergarbeiterfamilien und bargen die Ausrüstung der Fabriken im Donbass. In den Kämpfen um Zarizyn bedeckte sich Woroschilows Armee und mit ihr die Donezker Rote Armee von Donezk mit verdientem Ruhm.

Am 6. Februar 2015 verabschiedete der Volkssowjet der DVR ein Memorandum, in dem die Donezker Volksrepublik als Rechtsnachfolger der Donezko-Kriworoshsckaja-Sowjetrepublik proklamiert wurde.

Die Regionalabteilung der Internationalen Gesellschaftlichen Organisation „Neue Skythen“ schlägt vor, den 7. März zum Tag der Donezker Roten Armee und die jetzigen Streitkräfte der DVR zu Rechtsnachfolgern der Donezker Roten Armee zu erklären und die Anerkennung dieses Datums als roten Tag im Kalender zu erreichen. Die Mitglieder des Gründungsrates der Patriotischen Volksunion der DVR rufen alle linkspatriotischen Kräfte auf, diesen Gedenktag mit feierlichen Kundgebungen und Blumenniederlegungen auf dem gesamten Territorium unserer jungen Republik zu begehen.

Alexandr Matjuschin, Kommissar der Donezker Regionalabteilung der Internationalen Gesellschaftlichen Organisationen „Neue Skythen“, Mitglied des Gründungsrats der Volkspatrioschen Union der DVR

snanews.de: **Biden verlängert Iran-Sanktionen**

US-Präsident Joe Biden hat die seit 1995 geltenden amerikanischen Sanktionen gegen den Iran verlängert. Die Strafmaßnahmen waren bereits unter Bill Clinton verhängt und seitdem jährlich verlängert sowie mehrfach modifiziert worden.

Seine Entscheidung begründete Biden am Freitag damit, dass die Aktivitäten der Regierung in Teheran eine Bedrohung für die Vereinigten Staaten darstellen würden. Er warf dem Iran unter anderem eine „Unterstützung terroristischer Gruppen“ und „böartige Aktivitäten der Islamischen Revolutionsgarden“ vor.

„Die Aktionen und Strategien der iranischen Regierung, einschließlich der Proliferation und Entwicklung von Raketen und anderer asymmetrischer und konventioneller Waffenaktivitäten (...) stellen weiterhin eine außergewöhnliche Bedrohung für die nationale Sicherheit, Außenpolitik und Wirtschaft der Vereinigten Staaten dar“, heißt in einer Bekanntmachung des Weißen Hauses, die Biden am Freitag unterzeichnet hat.

Aus diesem Grund würden die seit dem 15. März 1995 geltenden Sanktionen auch „über den 15. März 2021 hinaus in Kraft bleiben“.

Joe Biden ist seit dem 20. Januar der 46. Präsident der Vereinigten Staaten. Seine Administration schlug dem Iran Verhandlungen über eine Rückkehr zum Atomabkommen vor, aus dem die USA unter Bidens Vorgänger Donald Trump ausgestiegen waren. Die iranische Regierung erklärt sich bereit, ihre ausgesetzten Verpflichtungen aus dem internationalen Atomabkommen zu erfüllen, aber nur, wenn zuerst die erneut verhängten Sanktionen fallen. Der Iran steht international im Verdacht, bis 2003 an einem geheimen Atomaffenprogramm gearbeitet zu haben. Die Regierung in Teheran weist die Vorwürfe zurück. 2015 einigten sich die UN-Vetomächte USA, China, Russland, Frankreich und Großbritannien sowie Deutschland und der Iran in Wien auf ein Abkommen, das Teheran eine friedliche Nutzung der Kernkraft gestattet, aber die Entwicklung von Kernwaffen verwehrt.

Darin verpflichtete sich der Iran, sein Atomprogramm herunterzufahren, im Gegenzug sollten die Wirtschaftssanktionen der Uno, der USA und der EU aufgehoben werden.

Im Mai 2018 stiegen die Vereinigten Staaten einseitig aus dem Deal aus und verhängten schärfere Sanktionen gegen Teheran. Daraufhin kündigte der Iran eine etappenweise Abkehr von seinen Verpflichtungen ab 2019 an.



https://cdn.snaneews.de/img/07e5/02/1b/1065933_0:47:3073:1776_1280x0_80_0_0_d001a61eed28760e222ff2267ec494fe.jpg

wpered.su: **In Amwrosiewka wurde das Andenken Josif Stalins geehrt**

Ein Gedenktag für J.W. Stalin fand in der Bezirksorganisation der Kommunistischen Partei der DVR in Amwrosiewka statt. Vor den Versammelten sprachen die Sekretäre des Bezirkskomitees Sergej Feschtschenko, Michail Bogomolez und Ljudmila Jakubowskaja, teilt ein Korrespondent von „Wperjod“ mit.

Bei ihrer Rede unterstrich die erste Sekretärin des Bezirkskomitees Ljudmila Jakubowskaja die historische Rolle J.W. Stalin bei der Entstehung der UdSSR, im Großen Vaterländischen Krieg. Sie stellte einen kurzen Bericht über die Arbeit der Bezirksparteiorganisation vor.

Sergej Feschtschenko gratulierte den Frauen zum bevorstehenden Feiertag des 8. März.

Mit einer Ehrenurkunde des ZK der KP der DVR wurde die Arbeit der Leiterin der Grundorganisation in Lissitsche Raissa Dwornik ausgezeichnet.

Einem neu aufgenommenen Kommunisten wurde das Parteibuch überreicht.



<http://wpered.su/wp-content/uploads/2021/03/Amvrosievka.jpg>

snaneews.de: **Russisches Fischereischiff brennt im Japanischen Meer – Besatzung gerettet**

Ein russisches Fischereischiff hat am Samstag im Japanischen Meer Feuer gefangen. Die 30-köpfige Besatzung konnte in Sicherheit gebracht werden. Verletzt wurde niemand.

Der Brand an Bord der „Witim“ brach in den frühen Morgenstunden aus, als das Schiff zwölf Seemeilen von der Insel Askold (50 Kilometer südöstlich von Wladiwostok) entfernt war. Das teilte der regionale Katastrophenschutz mit.

Nach Angaben der Staatsanwaltschaft konnten alle 30 Besatzungsmitglieder das brennende Schiff mit Rettungsinseln verlassen, sie blieben unversehrt. Kurz danach wurden sie von einem Rettungsschiff abgeholt und nach Wladiwostok gebracht.

„Alle Fischer sind in Wladiwostok. Alles ist in Ordnung“, teilte ein Sprecher der betroffenen Reederei „Pacific Crab“ gegenüber SNA mit.

Er bestätigte, dass niemand verletzt wurde. Ein Feuerwehrschiiff habe mit den Löscharbeiten begonnen. Der Sprecher versicherte, dass die „Witim“ vor der Fahrt völlig intakt gewesen sei. Das Schiff sei 2019 runderneuert und im Januar 2020 planmäßig technisch gewartet worden. Die Staatsanwaltschaft hat indes ein Ermittlungsverfahren wegen Verletzung von Sicherheitsregeln eingeleitet.

telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 05. März 2021 wurde keine Verletzung des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung für den Zeitraum vom 5. März 3:00 Uhr bis 6. März 3:00 Uhr

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Gesamtzahl der Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feueereinstellung von Seiten der BFU 3.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:

Richtung Gorlowka: Scharfschützenwaffen – einmal, Schusswaffen – einmal.

Richtung Donezk: Antipanzergranatwerfer – 3 Granaten.

Richtung Mariupol: Antipanzergranatwerfer – 3 Granaten.

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich folgende Bezirke/Ortschaften:

Gorlowka (Siedlung des Gagarin-Bergwerks), Wesjoloje, Oktjbrj.

Nach Mitteilung der Verwaltung des Kirowskij-Bezirks von Donezk erlitt ein 20 Jahre alter Einwohner von Staromichajlowka eine Splitterverletzung am linken Unterschenkel. Der Verletzte wurde in die Notaufnahme des Krankenhauses Nr. 24 gebracht, wo er die notwendige ärztliche Behandlung erhielt.

Schäden an ziviler Infrastruktur wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 9.

In den vorangegangenen 24 Stunden wurden 6 Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

snanews.de: ISS-Crew dichtet Luftleck im russischen Modul ab

Die Besatzung der Internationalen Raumstation ISS hat einen der beiden Risse im russischen Modul „Swesda“ („Stern“), durch den Luft entwichen war, abgedichtet. Das teilte das Raumfahrtunternehmen Energia am Samstag mit.

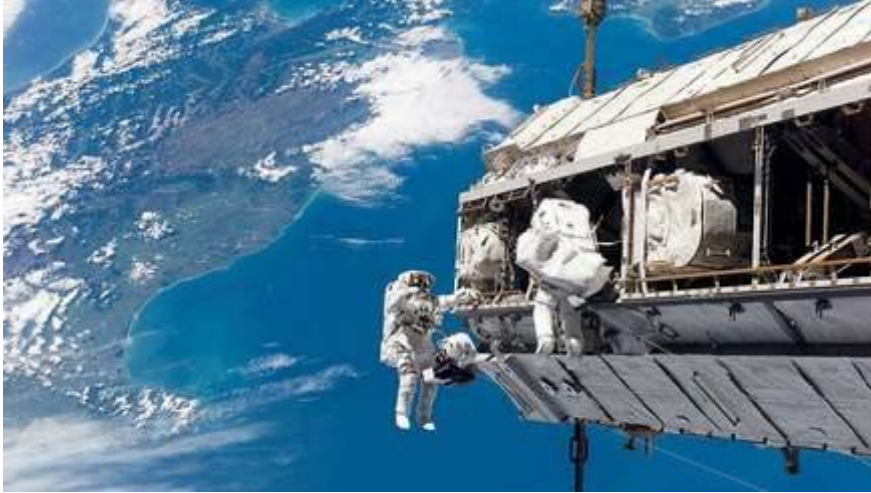
„Swesda“ hat aber noch eine undichte Stelle. Diese soll nächste Woche gestopft werden.

Der erste Riss sei bereits mit Material verschlossen worden, teilte ein Energia-Sprecher am Samstag gegenüber SNA mit. Am Samstag würden die Besatzungsmitglieder zusätzlich Dichtmasse auf die Naht auftragen.

Die Raumfahrer hatten im September gemerkt, dass Luft aus der ISS entweicht. Eine undichte Stelle mit einem Durchmesser von 0,2 Millimeter wurde im Übergang zum russischen Modul „Swesda“ gefunden. Kurz danach wurde eine zweite undichte Stelle entdeckt. Sie soll bis zum 12. März gestopft werden.

Die russische Raumfahrtbehörde Roskosmos, zu der auch der Raketenbauer Energia gehört, betont stets, dass die Besatzung nicht gefährdet sei. Es gebe sowohl Sauerstoffvorräte an Bord der ISS als auch regelmäßig Nachschub mit Frachtern.

An Bord der Internationalen Raumstation befinden sich die russischen Kosmonauten Sergej Ryschikow und Sergej Kud-Swertschkow, die Nasa-Astronauten Kathleen Rubins, Michael Hopkins, Victor Glover und Shannon Walker sowie der japanische Astronaut Soichi Noguchi.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/03/05/1153569_0:124:1280:844_1280x0_80_0_0_46c1a22b1b97df0d849bcc463b769c0c.jpg

Lug-info.com: In der LVR sind am 6. März um 9:00 Uhr 3175 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt. Davon wurden bis 2683 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen. Seit Beginn der Pandemie gibt es 281 Todesfälle.

Mzdnr.ru: Am 5. März wurden in der DVR 376 Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt, davon waren 181 positiv, bei 21 Patienten wurde die Diagnose COVID-19 klinisch gestellt. Am 6. März um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 25.287 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert. 5926 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 17.280 als gesund entlassen, es gibt 2081 Todesfälle. In den letzten 24 Stunden wurden 96 Fälle von Lungenentzündung diagnostiziert, 25 mehr als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 71 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt sind 870 Patienten mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 498 mit Sauerstoffunterstützung (+15 in den letzten 24 Stunden).

nachmittags:

de.rt.com: Anklage in Sizilien: 10 deutsche Seenotretter müssen vor Gericht – lange Haftstrafen drohen

Die Staatsanwaltschaft der sizilianischen Hafenstadt Trapani erhebt Anklage gegen insgesamt 21 Seenotretter. Darunter befinden sich auch zehn Deutsche. Es drohen bis zu zwanzig Jahre Gefängnis.

Die Staatsanwaltschaft der sizilianischen Hafenstadt Trapani hat am Donnerstag Anklage gegen 21 private Seenotretter wegen des Verdachts der Schleuserei und der Beihilfe zu illegalen Einreise erhoben. Als Erstes berichtete die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) über die Anklageerhebung. Laut dem Bericht sollen die Angeklagten zu den Besatzungen des Rettungsschiffs "Iuventa" der Berliner Hilfsorganisation "Jugend Rettet" sowie zwei weiterer Schiffe von "Save the Children" und "Ärzte ohne Grenzen" gehören. Den Angeklagten drohen, sollten sie verurteilt werden, Höchststrafen von bis zu zwanzig Jahren Gefängnis.

Laut der FAZ beziehen sich die von der Staatsanwaltschaft untersuchten Vorfälle auf Einsätze der Seenotretter zwischen 2016 und 2017. Die Strafverfolger werfen dem Bericht zufolge den Helfern vor, sich mit Lichtzeichen mit Schleusern verständigt und von deren Booten die Migranten direkt übernommen zu haben. Zudem sollen die Seenotretter die Schleuser mit Rettungswesten versorgt haben, damit diese sicher zur libyschen Küste hätten zurückkehren können, wie die FAZ weiter schreibt. Bei zehn Crewmitgliedern des Rettungsschiffs "Iuventa", das von italienischen Behörden 2017 beschlagnahmt wurde, soll es sich um deutsche Staatsbürger handeln.

Der FAZ zufolge bezeichnete die Organisation "Jugend Rettet" die Anklageerhebung als "politische Kampfansage mit der Absicht, Solidarität zu kriminalisieren". Derartige Versuche, Seenotretter mit juristischen Mitteln zu blockieren, hätten tödliche Konsequenzen, weil dadurch mehr Bootsflüchtlinge im Mittelmeer ihr Leben verlören, so "Jugend Rettet". Unterdessen wurde am Mittwoch bekannt, dass das private Hilfsschiff "Sea-Watch 3" 363 aus Seenot gerettete Bootsmigranten in Sizilien an Land bringen darf. Das hatte die Organisation Sea-Watch mit Sitz in Berlin am Mittwoch auf Twitter mitgeteilt. Italien habe dem Schiff den Hafen von Augusta in der Nähe von Syrakus auf der Mittelmeerinsel zugewiesen. Dort wurde das Schiff am Abend erwartet. Wie die Anlandung genau ablaufen sollte, wusste eine Sprecherin der Organisation zunächst nicht. Das Schiff hatte die Menschen bei mehreren Einsätzen aus kleinen Booten auf See aufgenommen. Diese starten in großer Zahl aus dem nordafrikanischen Bürgerkriegsland Libyen in Richtung Europa.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.03/article/6043511348fbef554a37490e.jpg>

Armiyadnr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR am 06.03.2021**

In den letzten 24 Stunden haben die bewaffneten Formationen der Ukraine in Verletzung des zweiten Punkts der Zusatzmaßnahmen zur Verstärkung und Kontrolle des geltenden unbefristeten Regimes der Feuereinstellung **drei Feuerprovokationen** durchgeführt.

In **Richtung Gorlowka** haben Kämpfer der 35. Brigade von den Positionen im Gebiet von Dershinsk aus die **Siedlung des Gagarin-Bergwerks** mit Schusswaffen und Scharfschützenwaffen beschossen.

In **Richtung Donezk** haben Kämpfer des 15. Bataillons der 58. Panzergrenadierbrigade der ukrainischen Streitkräfte von den Positionen im Gebiet von Peski aus **Wesjoloje** beschossen und drei Granaten mit Antipanzergranatwerfern abgefeuert.

In **Richtung Mariupol** haben Kämpfer des 1. Marineinfanteriebataillons der 36. Brigade von Feuerpositionen unmittelbar in Pitschtschewik aus auf Befehl des Kriegsverbrechers Gnatow **Oktjabrj** beschossen und drei Granaten mit Antipanzergranatwerfern und drei Granaten mit automatischen Granatwerfern abgefeuert.

Mit Trauer teilen wir mit, dass durch feindlichen Beschuss drei Verteidiger unserer Republik starben und einer verletzt wurde. Wir bringen den Verwandten und Freunden der getöteten Soldaten unser aufrichtiges Mitgefühl zum Ausdruck.

Wir rufen die Vertreter der internationalen Organisationen und die Weltgemeinschaft auf, die ukrainischen Verbrecher in Uniform, die die Befehle erteilen, und die Ausführenden, die das Territorium der Republik beschießen, zur Verantwortung zu ziehen.

Wir erinnern daran, dass Verbrechen gegen die Menschlichkeit keine Verjährungsfrist haben. Jeder Verbrecher wird die verdiente Strafe erhalten.

Seit Beginn des heutigen Tages haben Kämpfer des 15. Bataillons der 58. Brigade **Wesjoloje** mit Schusswaffen beschossen.

In **Richtung Mariupol** haben Kämpfer von den Positionen eines Marineinfanteriebataillons der 36. Marineinfanteriebrigade im Gebiet von Wodjanoje aus **Leninskoje** mit automatischen Granatwerfern und einem Unterlaufgranatwerfer beschossen und 14 Granaten abgefeuert.

Die Verstöße wurden operativ den Vertretern der ukrainischen Seite im GZKK zur Kenntnis gegeben, um Maßnahmen gegen die Schuldigen zu ergreifen und die Fälschung von Berichtsdaten über Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der BFU zu verhindern.

In Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen haben Kämpfer der 10 Gebirgsturmgruppe **drei Schützenpanzer in einem Wohngebiet von Suchaja Balka stationiert.**

Nach Angaben unserer Quellen in der 58. Brigade ist eine komplexe Kommission des Generalstabs der ukrainischen Streitkräfte eingetroffen, um die Umstände der Eröffnung von Feuer auf die Positionen der Volksmiliz und von Verlusten unter den ukrainischen Kämpfern aufzuklären.

Bei der Arbeit der Kommission wurden nicht kampfbedingte Verluste von drei toten und fünf verletzten Kämpfern entdeckt, die der Brigadekommandeur Kaschtschenko nicht an der Stab der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ gemeldet hatte. Derzeit gibt Kaschtschenko schriftliche Erläuterungen zum Fall von Verheimlichung nicht kampfbedingter Verluste ab. Die Ursachen von Tod und Verletzung von Kämpfern werden ermittelt.

In den Verbänden und Truppenteilen der bewaffneten Formationen der Ukraine in der OOS-Zone gehen die Impfungen des Personals mit dem Präparat „Covidshield“, das nicht lizenziert ist, weiter. Trotz der massenhaften Weigerung von Soldaten, mit diesem Präparat geimpft zu werden, wurde den Kommandeuren von Einheiten befohlen, sich impfen zu lassen und mit ihrem persönlichen Beispiel den Untergebenen die positiven Seiten nach dem Einsatz des Präparats zu zeigen.

Wir haben Informationen über massenhafte Unzufriedenheit in den Einheiten der 53. mechanisierten Brigade erhalten, vor dem Hintergrund dessen, dass Hauptmann Agejew und Leutnant Litwjak in ernstem Zustand ins Krankenhaus eingewiesen wurden, nachdem sie am 4. März vor dem Personal mit dem indischen Impfstoff geimpft worden waren.

Dieser Fall wird sorgfältig vor dem übergeordneten Kommando und den Verwandten der Soldaten verheimlicht.

Wir bemerken **weiter ein äußerst niedriges Niveau der militärischen Disziplin in den ukrainischen Streitkräften.** Diese Erscheinung in den Truppenteilen und Verbänden der Kämpfer ist durch die Gleichgültigkeit der Kommandeure der Einheiten gegenüber dem ihnen anvertrauten Personal und das geringe Niveau der rückwärtigen Versorgung bedingt, was beim Personal zum Verlassen der Kampfposten und zur Desertion des Personals nicht nur aus der Zone der Strafoperation, sondern auch aus Truppenteilen und Verbänden, die sich an den ständigen Stationierungspunkten befinden, führt.

So wurde im Gebiet eines Passierpunkts an der Grenze zu Rumänien ein ukrainischer Soldat mit Waffe festgenommen. Bei einer Ermittlung wurde festgestellt, dass der Soldat der 10. Brigade vor dem Abmarsch in die OOS-Zone zur Ablösung der 35. Marineinfanteriebrigade

aufgrund von Angst und das eigene Leben den Dienort verlassen hatte. Nach den Worten des Kämpfer wurde mit ihm vor dem Abmarsch in die Zone der Strafoperation ein Vertrag geschlossen, wobei das Brigadekommando versprach, den Soldaten im ständigen Stationierungspunkt in Kolomja in der Oblast Iwano-Frankowsk zu belassen. Als der Soldat erfuhr, dass er auch in die OOS-Zone gehen sollte, beschloss er, während der Verladung an der Eisenbahnstation eigenmächtig den Truppenteil zu verlassen. Derzeit gibt der Brigadekommandeur Subanitsch Erklärungen wegen des Falls von Verheimlichung eines eigenmächtigen Verlassens des Truppenteils ab.

de.rt.com: **Peking: Werden uns gegen Einmischungsversuche in Hongkong wehren**

In Peking findet zurzeit die vierte Sitzung des 13. Nationalen Volkskongresses statt, der das höchste gesetzgebende Organ der Volksrepublik China darstellt. In einem Arbeitsbericht an den Kongress kommentierte die Regierung auch außenpolitische Vorgänge.

Die chinesische Regierung hat in einem Arbeitsbericht für den derzeit tagenden Volkskongress erklärt, dass sie sich Versuchen von ausländischen Akteuren entgegenstellen wird, sich in die Angelegenheiten der chinesischen Sonderverwaltungszone Hongkong einzumischen. Der Nationale Volkskongress ist Chinas höchstes legislatives Organ. In dem Bericht, den der chinesische Ministerpräsident Li Keqiang vortrug, steht:

"Wir werden die Einmischung externer Kräfte in die Angelegenheiten von Hongkong und Macau entschlossen verhindern und unterbinden. Wir werden beide Regionen dabei unterstützen, ihre Wirtschaft zu entwickeln und das Leben der Menschen zu verbessern, um den langfristigen Wohlstand und die Stabilität von Hongkong und Macau zu erhalten."

In dem Bericht wird auch die taiwanesishe Unabhängigkeitsbewegung scharf kritisiert, die aus Pekings Sicht von den Vereinigten Staaten gefördert wird. China werde demzufolge wachsam bleiben und separatistische Aktivitäten, die auf die sogenannte Unabhängigkeit Taiwans abzielen, entschlossen unterbinden. Zugleich versprach die chinesische Regierung, weitere Möglichkeiten für Taiwaner zu schaffen, um an der Entwicklung Chinas teilzuhaben. Viele taiwanesishe Unternehmen betreiben Produktionsstandorte auf dem chinesischen Festland.

Peking will auch die Modernisierung seines Militärs vorantreiben:

"Wir werden die militärische Ausbildung und Bereitschaft in allen Bereichen erhöhen, Gesamtpläne für die Reaktion auf Sicherheitsrisiken in allen Bereichen und für alle Situationen erstellen und die strategische Fähigkeit des Militärs zum Schutz der Souveränität, der Sicherheit und der Entwicklungsinteressen unseres Landes verbessern. Wir werden die Gestaltung der verteidigungsbezogenen Wissenschaft, Technologie und Industrie verbessern und das System der Mobilisierung der Verteidigung ausbauen."

Hinsichtlich des Verhältnisses zu den USA erklärt die chinesische Regierung im Bericht, dass sie beidseitig vorteilhafte Wirtschaftsbeziehungen auf der Grundlage des gegenseitigen Respekts anstrebe.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.03/article/604238a548fbef4d2a4fd21e.jpg>

snews.de: **Proteste in Eriwan: Teilnehmer marschieren zu Residenz des Präsidenten**

In Armeniens Hauptstadt Eriwan haben am heutigen Samstag etwa 300 Veteranen der armenischen Armee zur Unterstützung des Generalstabs im Konflikt mit dem Premierminister des Landes, Nikol Paschinjan, demonstriert.

Die Protestteilnehmer versammelten sich am Stadtrand von Eriwan in der Nähe des Verteidigungsministeriums. Sie fordern den Rücktritt von Premierminister Paschinjan. Von dort aus marschierten sie zum Parlamentsgebäude, wo um 15:00 Uhr (Ortszeit) eine Kundgebung der Opposition mit ähnlichen Forderungen stattfindet.

Derzeit seien die Protestteilnehmer auf dem Weg zur Residenz des armenischen Präsidenten, die sich wenige hundert Meter vom Parlamentsgebäude entfernt befindet, berichtet ein Korrespondent der RIA Novosti vor Ort. Die Polizei in Eriwan hat die Sicherheitsmaßnahmen in der Residenz verschärft.

Am vergangenen Donnerstag forderte die armenische Armee in einem Statement den Rücktritt von Regierungschef Paschinjan. Dieser sprach von einem Putschversuch und rief seine Anhänger auf die Straßen. Gleichzeitig bauten Paschinjans Gegner vor dem Parlament Barrikaden und schlugen dort Zelte auf. Die Opposition fordert den Rücktritt des Regierungschefs.



https://cdn.snews.de/img/07e5/03/06/1166494_0:151:3104:1897_1280x0_80_0_0_e082aff76429a900929d6893e6fd00a9.jpg

Mil-Inr.info: **Erklärung des Offiziers des Pressedienstes der Volksmiliz der LVR I.M. Filiponenko**

Nach Angaben von Beobachtern der Vertreter der LVR im GZKK wurden in den letzten 24 Stunden **keine Feuerprovokationen** von Seiten des Gegners festgestellt. ...

Im Verantwortungsbereich der 80. Luftsturmbrigade wurde die **Stationierung von zwei Schützenpanzerwagen m Hof eines Wohnhauses** in Stschastje bemerkt.

Nach uns vorliegenden Informationen von örtlichen Einwohnern, haben Kämpfer des 2. Bataillons unter Nutzung der Abwesenheit der Besitzer ihre Technik Hof eines der Wohnhäuser stationiert. Bei ihrer Rückkehr am Abend forderten die empörten Besitzer die Kämpfer auf, ihr Gelände zu verlassen und die Technik abzuziehen und erklärten, dass sie sich an die OSZE und Selenskij wenden würden. Es entspann sich ein Wortgefecht, und bei Drohung mit Waffen wurden dem Besitzer einige Schläge ins Gesicht versetzt. Die Nachbarn riefen aufgrund der Schreie um Hilfe die Polizei. ...

snews.de: **Paris und Moskau sollen gegenseitig je einen Diplomaten ausgewiesen haben – Zeitung**

Das russische Außenministerium und die russische Botschaft in Frankreich haben es abgelehnt, Medienberichte zu kommentieren, denen zufolge die beiden Länder Ende vergangenen Jahres jeweils einen Diplomaten der Gegenseite ausgewiesen haben sollen. „Kein Kommentar“, äußerte das Ministerium gegenüber SNA und gab auch keine weiteren Details bekannt.

Auch der Pressedienst der russischen Botschaft in Paris weigerte sich, „die Leaks in die Medien“ zu kommentieren.

Die Zeitung „Les Echos“ hatte am Donnerstag unter Berufung auf Quellen berichtet, Russland und Frankreich hätten Ende letzten Jahres heimlich gegenseitige Ausweisungen von Diplomaten durchgeführt. Ein leitender Mitarbeiter der Wirtschaftsabteilung der russischen Botschaft in Paris sei angeblich bei einem Spionageakt ertappt worden, woraufhin Frankreich ihn ausgewiesen habe. Als Reaktion habe Russland einen Diplomaten von der Wirtschaftsabteilung der französischen Botschaft in Moskau ausgewiesen.

de.rt.com: **Raketenangriff verwüstet illegale Öltraffinerie in Nordsyrien**

Drei Raketen schlugen in einer illegalen Öltraffinerie im Nordsyrien ein, wo Rohöl außer Landes geschmuggelt wird. Die Gebiete werden von der Türkei und Rebellen kontrolliert. Es wurde behauptet, die Raketen seien von russischen Kriegsschiffen abgefeuert worden.

Drei Raketen wurden am Freitag auf eine illegale Öltraffinerie in Nordsyrien abgefeuert. Der sogenannte Syrische Zivilschutz (Weißhelme) versucht am 5. März 2021, das ausgebrochene Feuer zu löschen.

Bei Raketenangriffen im Norden Syriens seien mindestens vier Menschen getötet und mehr als 20 weitere verletzt worden. Die Raketen schlugen am Freitag in einer illegalen Öltraffinerie im Nordsyrien im Gebiet Tarhin in der Nähe der von der Türkei kontrollierten Stadt al-Bab ein, wo syrisches Rohöl außer Landes geschmuggelt wird. Mehrere Tankwagen seien dabei in Brand geraten und hätten schwere Explosionen verursacht. Die Gebiete werden von der Türkei und den mit ihr verbündeten Rebellen kontrolliert. Das Ausmaß der Plünderung der syrischen Ölreserven durch die von der Türkei unterstützte Rebellen und deren westliche Verbündete wurde im letzten Jahr bekannt.

Die sogenannte Syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte behauptet, die Raketen seien von russischen Kriegsschiffen vor der Küste auf einen Markt und Öltraffinerien nordöstlich von Aleppo gefeuert worden. Syrische Regierungstruppen hätten zudem mehrere Raketen auf Öltraffinerien östlich von Aleppo abgefeuert, die dort große Brände verursachten. Der Sprecher der mit der Türkei verbündeten oppositionellen Syrischen Nationalarmee, Jussif

Hammud, bestätigte die Angriffe der dpa.

Die Regierungen Syriens und Russlands kommentierten die Berichte zunächst nicht. Russland ist gemeinsam mit dem Iran der wichtigste Verbündete des syrischen Staates. Die Türkei unterstützt in dem seit zehn Jahren laufenden Bürgerkrieg dagegen die Rebellen. Die Ölanlagen im von der Türkei kontrollierten Teil der syrischen Provinz Aleppo wurden in den vergangenen Monaten wiederholt angegriffen. Weder die russische noch die syrische Regierung bekannten sich dazu.

Syriens Ölminister Bassam Tuma hatte im September 2020 erklärt, dass das sogenannte Caesar-Gesetz – ein US-Sanktionspaket gegen Syrien – mehrere importierte Lieferungen behindert habe. Er erklärte, dass die Treibstoffkrise, die sein Land hart getroffen habe, das Ergebnis "westlicher Sanktionen" sei, während Ölfelder in den östlichen Regionen unter die Kontrolle US-amerikanischer Truppen und der von den USA unterstützten syrisch-kurdischen Kämpfer gefallen seien.

Inmitten des Bürgerkrieges in Syrien machten 2015 auch Berichte die Runde, dass Islamisten eine funktionierende Ölindustrie unterhielten, mit der sie offenbar rund 50 Millionen Dollar monatlich einnahmen. Öllieferungen des sogenannten Islamischen Staates sollen in die Türkei befördert worden sein.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.03/article/60438a8748fbef4cca060467.jpg>

Dan-news.info: Kursanten der Donezker allgemeinmilitärischen Offiziersschule haben Frauen mit Liedern und Blumen zum bevorstehenden Internationalen Frauentag gratuliert. Die Festveranstaltung fand heute im Freizeit- und Handelszentrums „Donezk City“ statt....



https://dan-news.info/wp-content/uploads/2021/03/dan-news.info-2021-03-06_09-29-23_568121-doneckie-kursanty-pozdravili-devushek-s-8-marta-18-1024x678.jpg

snanews.de: **Forscher warnen vor neuropsychiatrischen und kognitiven Problemen bei Covid-19-Überlebenden**

Ein Großteil der Covid-19-Überlebenden ist von neuropsychiatrischen und kognitiven Komplikationen betroffen. Dies geht aus einer Studie hervor, die in der wissenschaftlichen Zeitschrift „Frontiers in Psychology“ veröffentlicht wurde.

Die Studie stellt eine Auswertung von bereits veröffentlichten Forschungsarbeiten dar. Auf diese Weise wollten ein Forscherteam von der Oxford Brookes University und ein Psychiater vom Oxford Health NHS Foundation Trust mehr über die möglichen Auswirkungen der SARS-COV-2-Infektion auf das Gehirn und das Ausmaß der kurz- und langfristigen psychischen Probleme erfahren, mit denen die Covid-19-Überlebenden konfrontiert sein können.

Demnach wurde in den untersuchten Forschungsarbeiten eine breite Palette von neuropsychiatrischen Problemen gemeldet, die in einer kurzfristigen Perspektive auftreten können. In einer untersuchten Studie wiesen 95 Prozent der klinisch stabilen Covid-19-Patienten eine posttraumatische Belastungsstörung (PTBS) auf. Anderen Studien zufolge litten 17 bis 42 Prozent der Patienten an affektiven Störungen wie Depressionen.

Als zentralste kurzfristige kognitive Probleme wurden Aufmerksamkeitsstörungen (45 Prozent der Patienten) und Gedächtnisstörungen (13 bis 28 Prozent der Patienten) angegeben. In der langfristigen Perspektive handelt es sich laut Forschern bei den neuropsychiatrischen Problemen vor allem um affektive Störungen und Müdigkeit sowie um Beeinträchtigungen der Aufmerksamkeit (bei 44 Prozent der Patienten) und des Gedächtnisses (bei 28 bis 50 Prozent der Patienten).

Nach den neuesten Angaben der Weltgesundheitsorganisation (WHO) wurden weltweit 115,2 Millionen Corona-Infizierte registriert. Nach Informationen der Johns Hopkins University hat die Zahl der Corona-Fälle bereits 116 Millionen überschritten.



https://cdn.snaneews.de/img/07e5/03/06/1169223_0:0:3077:1731_1280x0_80_0_0_40e38a4ec44ac7b99663d3eeb1c3260a.jpg

abends:

snaneews.de: EVP-Fraktionschef Weber: Nord Stream 2 als außenpolitisches Instrument gegen Russland nutzen

Die Europäische Union sollte nach Ansicht des Fraktionschefs der Europäischen Volkspartei im Europarlament, Manfred Weber, die Ostsee-Gaspipeline Nord Stream 2 als politisches Instrument einsetzen, um Druck auf Moskau auszuüben.

Das Pipeline-Projekt sei nicht „im europäischen Interesse“, sagte Weber gegenüber dem „Spiegel“.

„Es stabilisiert wirtschaftlich das System Putin, das massiv gegen die EU und ihre Staaten agiert“, so der Politiker.

Da ein Baustopp derzeit nicht möglich sei, sollte die EU die Pipeline als Hebel in der Außenpolitik einsetzen.

„Wenn die russische Führung nicht zum partnerschaftlichen Miteinander zurückkehrt, dann kann die Pipeline nicht voll ertragreich laufen“, so Weber im Interview mit dem „Spiegel“.

Die Nutzung von Nord Stream 2 solle „unter Vorbehalt gestellt und an das weitere Verhalten der russischen Führung geknüpft werden“.

Weber forderte Europa auf, seine „Naivität im Umgang mit Putin und anderen geopolitischen Akteuren“ abzulegen und in der Außenpolitik selbstbewusster zu agieren. Wenn die EU ihre Handels- und Wirtschaftspolitik im Fall Nord Stream 2 als außenpolitisches Instrument einsetzen würde, wäre es ein „wichtiger europäischer Reifeprozess“, so Weber. ...



https://cdn.snaneews.de/img/07e5/03/06/1170618_0:244:2777:1806_1280x0_80_0_0_90d14c0e328e7151df9406bb616368d9.jpg